



STARTWOCHEENZEITUNG

Startwoche 2021

Eine Beilage der Landeszeitung

Dienstag, 12. Oktober 2021

Sie hören euch zu

Die psychologische Beratungsstelle in Lüneburg hilft Studierenden in schweren Zeiten.
► Seite 10

Ein Lehrer und seine Vision

Mit einer Initiative möchte Pascal Mennen queere Menschen an Schulen sichtbarer machen.
► Seite 12



Wie viel Demokratie wollen wir?

Der Verein „Abstimmung21“ will bundesweite Volksentscheide durchsetzen. Nicht alle Fachleute halten das für sinnvoll. ► Seite 11

EDITORIAL



Von Arne Scharf

Macht mit

Zwei Wochen nach der Bundestagswahl stehen die Parteien vor der Herausforderung, eine Regierung für die nächsten vier Jahre zu bilden – trotz mitunter grundverschiedener Wahlprogramme. Aber spiegelt ein Koalitionsprogramm, das am Ende möglicherweise geprägt ist von dem kleinsten gemeinsamen Nenner, die Bevölkerung in den wichtigen Fragen wirklich wieder? Volksabstimmungen sind eine Möglichkeit, die Bürger:innen über bestimmte Sachfragen direkt entscheiden zu lassen. So können sie auch abseits der Bundestagswahl Einfluss nehmen.

Ich finde, es lohnt sich darüber nachzudenken, wie wir unsere Demokratie weiterentwickeln. Die Vorstellung, regelmäßig meine Stimme zu konkreten Fragen abgeben zu können, gefällt mir. Denn zum einen bildet keines der Wahlprogramme der Parteien meine Meinungen vollständig ab. Zum anderen heißt Demokratie auch mitzumachen, was durch Volksentscheide noch gefördert werden würde.

Können Volksabstimmungen aber wirklich helfen, die Politik zu verbessern und die viel zitierte Verdrossenheit zu mildern? Unsere Autorin Lorena Zapke beleuchtet in ihrem Artikel den Verein „Abstimmung21“ näher, der sich für die Stärkung dieses direktdemokratischen Elements einsetzt. ► Seite 11

„Kinder werden oft übersehen“

VON FINJA HONDRICH

Die letzte Regierung wollte Kinderrechte im Grundgesetz verankern – und scheiterte. Heinz Hilgers, der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, fordert einen neuen Anlauf

Herr Hilgers, seit 1992 gilt in Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention. Warum sollten Kinderrechte zusätzlich im Grundgesetz verankert werden?

Diese UN-Kinderrechtskonvention und weitere Gesetze, die das Kinderrecht bislang regeln, haben den Rang einfachen Gesetzes. Sie sind kein Verfassungsrecht, welches in unserer Normhierarchie an oberster Stelle steht. Im Konfliktfall hat das Grundgesetz gegenüber dem einfachen Gesetz also Vorrang.

Werden Kinder durch die Grundgesetze nicht bereits ausreichend geschützt?

Nein, das Kindeswohl muss eine besondere Bedeutung haben, denn Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie sind besonders schutzbedürftig und brauchen besondere Förderrechte. Sie haben weder das Wahlrecht noch umfassende Beteiligungsrechte in Gerichts- und Verwaltungsverfahren. Sie werden in unserer Gesellschaft oft übersehen und benachteiligt.

Was würde die Aufnahme von Kinderrechten verändern?

Dazu nenne ich Beispiele, die in der Vergangenheit besonders schiefgelaufen sind. In der Pandemie wurden Kinderrechte oft nicht berücksichtigt. Das Recht auf Bildung war über weite Strecken nicht gewährleistet. Während Fitness- und Nagelstudios wieder öffnen konnten, blieben Schulen geschlossen. Digitaler Fernunterricht funktionierte nur schlecht.



Heinz Hilgers.

Der Vereinssport für Kinder und Jugendliche war nicht zugänglich, während der Profifußball wieder stattfand. Außerdem müssen bis heute zum Beispiel Pflegekinder nach vielen Jahren in einer Pflegefamilie auf Antrag zu ihren leiblichen Eltern zurück, ohne dass ihre Meinung berücksichtigt wird. Und in großen Missbrauchsprozessen wurden Kinder mehrfach vernommen und Therapien über lange Zeit ausgesetzt, um die Aussagen nicht zu verfälschen. Das Kindeswohl hatte offensichtlich keinen Vorrang.

Welche Rechte sollten im Grundgesetz aufgenommen werden?

Ausdrückliche Schutz-, Förderungs- und Beteiligungsrechte sowie der Vorrang des Kindeswohls wären wichtige verfassungsrechtliche Grundlagen für neue Gesetze, um die geschilderten Missstände zu beheben.

Woran ist die Aufnahme bisher gescheitert?

Es hat Verhandlungen der Großen Koalition mit den Oppositionsparteien Grüne und FDP gegeben. Die Verhandlungen sind an einem unzureichenden Entwurf der Regierung gescheitert. Zu einer Abstimmung und einer notwendigen Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat kam es nicht.

Weshalb war der Entwurf aus Ihrer Sicht unzureichend?

Die UN-Kinderrechtskonvention sieht eine vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls vor. Die Bundesregierung hätte mit ihrem Entwurf daraus nur noch eine angemessene Berücksichtigung ge-

macht. Das wäre ein deutlicher Rückschritt gewesen. Außerdem enthielt der Gesetzesentwurf keine Förderrechte zur Stärkung von Bildung, sozialer Sicherheit und der Entwicklung von Kindern. Das von uns geforderte Beteiligungsrecht wurde lediglich auf ein rechtliches Gehör reduziert, was Kinder jetzt schon nach Art. 103 des Grundgesetzes haben.

Wie könnte ein solches Beteiligungsrecht in der Praxis aussehen?

Als Bürgermeister meiner Heimatstadt habe ich regelmäßig Kindersprechstunden gehalten. Es gab auch ein Kinderparlament, das unser ÖPNV-System und Spielplätze mitgestaltet hat. Spielplätze wurden sogar günstiger, weil Kinder gar nicht so viele Spielgeräte wollen, wie Erwachsene denken.

Gegenstimmen befürchten eine Einschränkung der Elternrechte. Ist diese Befürchtung begründet?

Da sind wir bei einem gesellschaftlichen Grundkonflikt: Was für ein Bild haben wir von Kindern? Werden sie nur in Abhängigkeit von ihren Eltern gedacht oder begreifen wir sie als Menschen mit eigenen Menschenrechten? In der Gesellschaft tut sich etwas. Bremen hat umfassende Kinderrechte ohne Gegenstimme in die Landesverfassung aufgenommen.

Auch in Hessen wurden umfassende Kinderrechte nach einem Volksentscheid mit fast 90 Prozent Zustimmung in die Verfassung aufgenommen. Aber es dauert, bis das Bewusstsein der Basis auch die Führung erreicht hat.

Also können Eltern- und Kinderrechte nebeneinander bestehen, ohne einander zu schwächen?

Ja, wir wollen das Elternrecht gar nicht einschränken oder Eltern kontrollieren. In einem Projekt in Dormagen beispielsweise hat das Jugendamt Familien schon sehr früh begleitet und unterstützt. Das fing mit Kleinigkeiten wie der Beantragung des Kindergeldes oder der Suche nach einem Kindergartenplatz an und endete im Einzelfall mit sozialpädagogischer Familienhilfe. Durch diese Maßnahmen wurden häusliche Gewalt und Heimunterbringungen sehr schnell gesenkt. Frühe Prävention rechnet sich und könnte durch explizite Förderrechte im Grundgesetz verstärkt werden.

Wie können sich Bürger*innen für Kinderrechte engagieren?

Man kann sich öffentlich äußern und sich Organisationen anschließen. Die Initiative kann mit einer Unterschrift unterstützt werden. Und was die Beteiligung von Kindern betrifft – die können Eltern jeden Tag selbst leben.



„Eine schwere Zeit für viele“

Studierende können sich mit ihren Problemen an die psychologische Beratungsstelle wenden

INTERVIEW

Studieren kann belastend sein: Leistungsdruck, Geldsorgen oder Stress in der WG – nun kam in den letzten drei Semestern das Coronavirus dazu. Vorlesungen mussten online geschaut werden, persönliche Treffen wurden zum Sicherheitsrisiko. Als die ersten Konsequenzen wirklich spürbar waren, stieg es rapide an. Die Lüneburger Beratungsstelle spricht in den Monaten September und Oktober 2020, mit jeweils 34 und 45 Anmeldungen, von einem „Beratungsspeak“.

Mit welchen Anliegen können Studierende zu Ihnen kommen?

Janssen: Mit allen. Von Prüfungsängsten über Konflikte in der Wohngemeinschaft, Schwierigkeiten mit den Eltern bis hin zu psychischen Problemen: Es steht allen frei, zu uns zu kommen. Wenn man die Wartezeit in Kauf nimmt, die leider nicht unerheblich ist. Acht bis zehn Wochen muss man warten, bis es zum ersten Termin kommt.

Lamschus: In den ersten Gesprächen schauen wir, ob es andere Stellen gibt, die hilfreicher sein könnten, oder ob wir eine Psychotherapie empfehlen würden. Wir machen keine Therapie, sondern beraten. Wir dürfen hier keine Erkrankungen behandeln und können aktuell pro Person nur fünf Sitzungen anbieten.

Was passiert, wenn sich eine Person an die Beratungsstelle wendet?

Janssen: Wenn es ganz dringend ist, bieten wir eine offene Sprechstunde an, jeden Dienstag von 12 bis 14 Uhr. Beim Erstkontakt lernen wir die Person kennen und fragen nach, um das Problem einzugrenzen. Wir gucken, wo erste Hilfe zu finden ist und was die Person selbst für sich tun kann.



Das Team der psychologischen Beratungsstelle: Karina Bostelmann, Henner Janssen sowie Jantje Lamschus (v.l.)
Foto: Hanna Kunst

Bostelmann: Manchmal geht es um eine Krisenintervention oder um eine Sortierhilfe. Dann sagt jemand nach ein oder zwei Sitzungen: „Das hat mir schon gut getan, ich brauche erstmal nicht wiederkommen.“

Was hat sich durch die Pandemie verändert?

Bostelmann: Als es im März letzten Jahres losging, haben wir sofort Video- und Telefonberatung angeboten. Wir haben aber auch versucht, in persönlichem Kontakt zu bleiben, weil das für manche Menschen wichtig ist. Auch die Themen haben sich geändert. Es gab plötzlich etwas, was alle betraf. Auch uns.

Welche neuen Themen sind durch Corona dazu gekommen?

Bostelmann: Einsamkeit steht mehr im Vordergrund. Manche Leute sind anders umgegangen mit Suchtmitteln oder mit dem Thema Essen.

Janssen: Angst um Angehörige war ein großes Thema, auch Verlust von Kontakten. Dadurch, dass das WG-Zimmer eben nicht

„Einrichtungen wie unsere sind der Auffangkorb für das Gesamtsystem, das krank.“

Jantje Lamschus
Psychologische Beraterin

mehr nur das WG-Zimmer war, hat sich das Arbeiten massiv verändert. Es ist auch ein Unterschied, ob jemand schon sechs Semester in Lüneburg war und bereits ein soziales Netz gebaut hat, oder ob ein Erstsemesterstudierender kam. Das erste Mal von Zuhause weg, in der ersten eigenen Wohnung und dann in Isolation. Das war eine schwere Zeit für viele Menschen.

Welche Erkenntnisse hat die Pandemie mit sich gebracht?

Lamschus: Unser Hilfesystem ist viel zu kurzgefasst und reicht nicht aus.

Bostelmann: Corona war wie ein Brennglas für ganz vieles. Wenn jemand schon vorher ein bestimmtes Problem hatte, hat Corona das verstärkt und wenn eine Gesellschaft schon vorher ein Problem hatte, dann hat Corona es echt deutlich gemacht. Einrichtungen wie unsere sind der Auffangkorb für das Gesamtsystem, das krank.

Therapie ist noch immer mit Stigmata behaftet. Was kann man dagegen tun?

Bostelmann: Ins Gespräch kommen. Manchmal hilft es schon, bei Freund*innen und Kommiliton*innen nachzufragen, wie es ihnen wirklich geht. Stigmatisierung lässt sich abbauen, indem der Einzelne darüber spricht und sagt: „Ich hab mir Hilfe gesucht, das war daran gut, das war vielleicht anders als gedacht. Aber ich bin es angegangen.“

Lamschus: Unter den Studierenden geht es gerade in eine wirklich sehr schöne Richtung. Viele junge Menschen sind offen und ermutigen sich auch gegenseitig darin. Dann haben wir auf einmal die gesamte WG hier sitzen. In der Eltern-generation gibt es noch weit mehr Vorbehalte. Aber es wäre schön, wenn psychische Gesundheit gleichgestellt wäre mit körperlicher Gesundheit. Das ist in unserem System noch nicht so.

Janssen: In der Zeit, in der wir leben, muss der psychischen Gesundheit ein größerer Stellenwert eingeräumt werden: Durch Schaffung von größeren Beratungszentren, die leicht zu kontaktieren und sehr niedrigschwellig sind.

Was für einen Rat haben Sie an Studierende, die gerade an der Universität beginnen?

Lamschus: Lasst euch Zeit, sofern das möglich ist. Studieren bedeutet nicht nur, Klausuren zu schreiben und zu lernen, sondern auch ein Leben neben der Uni zu haben.

Janssen: Sofern möglich, vernetzt euch, besucht Initiativen, guckt, dass ihr in Bewegung bleibt, dass ihr Sport macht. Nehmt nicht hin, allein bleiben zu müssen. Es gibt gerade eine Vielzahl von Menschen, denen es zu diesem Zeitpunkt genauso geht. Und hört auf mit diesem Selbstoptimierungswahn. Leben ist manchmal auch Entspannung und Genuss.

Interview:
Franziska Dörschel
und Hanna Kunst

► Die Psychologische Beratungsstelle in Lüneburg findet man am Munstermannskamp 3, 21335 Lüneburg, oder unter der E-Mail-Adresse pbs.lg@stw-on.de

Aus alt mach neu

VON JULE MEINBERG

Es fällt aus der Hand, schlägt auf dem Boden auf – und schon splittert das Display: Eine kleine Unachtsamkeit kann ein Smartphone weitgehend unbenutzbar machen. Besonders tragisch ist, dass das Gerät selbst meist noch funktioniert, eine Reparatur sich aber kaum rechnet.

Neben den hohen Kosten für eine Erneuerung ist das reparatur-unfreundliche Design meist der Grund, weshalb ein Elektrogerät eher weggeschmissen als überholt wird. 20 Kilogramm Elektroschrott verursacht jeder Deutsche laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2019, Tendenz steigend. Dabei ist eine Reparatur meist sinnvoll und spart Ressourcen, wie seltene Erden, und Energie. In diesem Jahr ist in Thüringen ein Modellprojekt angelaufen, das Reparaturen lohnenswerter gestalten soll: ein Reparaturbonus.

Privatpersonen können seit Juni eine Rechnung für die Reparatur eines Gerätes bei der Verbraucherzentrale Thüringen einreichen, nach erfolgreicher Prüfung erstattet diese die Hälfte der Reparaturkosten. Insgesamt kann eine Erstattung von bis zu 100 Euro pro Person und Jahr erfolgen. Finanziert wird die Initiative vom Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz.

Der Bonus kann für Reparaturen zahlreicher Geräte beantragt werden, zum Beispiel für Toaster und Kaffeemaschinen, aber auch für Kühlschränke, Geschirrspülmaschinen, Smartphones oder Spielekonsolen. Die erste Bilanz fällt bereits positiv aus: Schon im August dieses Jahres stockte das Umweltministerium Thüringen die Fördermittel wegen der unerwartet großen Nachfrage auf.

Verschiedene Studien ermittelten, dass eine verlängerte Lebensdauer von beispielsweise Kühlschränken und Laptops ökologisch vorteilhafter ist als ein Neukauf. Auch wenn neue Geräte weniger Strom benötigen. Denn der Energieaufwand der Produktion kann laut Reparatur- und Servicezentrum Wien mehr als die Hälfte der Gesamtumweltbelastung im Leben eines Elektrogerätes ausmachen.

Das Geschäft mit der Werbung

Eine neuartige Methode macht uns online zu gläsernen Kund:innen

VON LUISE POHLMANN

Da ist sie wieder, diese eine Werbung für Kopfhörer, die dir durchs Netz folgt. Du verdreht die Augen. Erst taucht die Werbung auf einem Nachrichtenportal auf, dann auf Amazon und jetzt vor einem YouTube-Video. Du hast dir die Kopfhörer mehrmals angeschaut, kannst sie dir aber nicht leisten. Also suchst du in deinem Browser das Feld „Cookies löschen“. Als du das nächste Mal das Verkaufsportal der Kopfhörer öffnest, lehnt du alle Cookies ab. YouTube zeigt dir jetzt Werbung für KFZ-Versicherungen.

Je spezifischer Online-Wer-

bung auf die Nutzer:innen zugeschnitten ist, desto mehr Geld lässt sich mit ihr verdienen. Denn je mehr eine Firma über einzelne Personen weiß, desto leichter kann sie ihre Entscheidungen beeinflussen. Cookies sind eine beliebte Methode, um ein solches Nutzer:innen-Profil aufzustellen. Es handelt sich bei Cookies um Informationshäppchen, die von einer bestimmten Seite, beispielsweise einem Verkaufsportal, im eigenen Browser gespeichert werden.

Auf vielen Seiten kann man Cookies allerdings von vorneherein ablehnen, oder im Nachhinein löschen. So verschwinden die Spuren wieder. Für Firmen, die mit Online-Werbung Geld verdienen, ist das schlecht. Denn sie können keine passgenaue Werbung mehr anzeigen.

Deshalb kommt immer häufiger eine neue Methode zum Einsatz, die nicht so leicht abzuschütteln ist. Sie heißt „Finger-

printing“, wörtlich „Fingerabdruck nehmen“. Sobald dieser digitale Fingerabdruck erstellt ist, kann ein Internetnutzer auf verschiedenen Seiten wiedererkannt werden.

Beim Fingerprinting werden – anders als bei Cookies – Einstellungen des Computers abgegriffen, die sich nicht löschen lassen. Beim Öffnen jeder Internetseite fragt diese bestimmte Einstellungen ab, um die Seite korrekt darzustellen. Dazu gehört die Art des Browsers, die Bildschirmauflösung und die installierten Schriftarten. Durch die einzigartige Kombination dieser Parameter unterscheidet sich dein Computer von allen anderen Computern, die eine Seite besuchen. Ohne es zu merken, hinterlässt du deinen digitalen Fingerabdruck auf jeder Seite, die du besuchst. Das Profil ist so einzigartig wie die Kombination aus Augenfarbe, Gewicht oder Größe – und viel schwieriger zu

verwischen. Das kann von Vorteil sein, zum Beispiel könnte eine Bank mit Hilfe von Fingerprinting den PC eines Kunden eindeutig identifizieren und so für mehr Sicherheit sorgen. Allerdings wird Fingerprinting zurzeit meist genutzt, um personalisierte Werbung zu zeigen. Weil Daten über mehrere Internetseiten hinweg gespeichert werden, kann ein ausführliches Profil einer Person erstellt werden. Aus diesen Daten lassen sich unter anderem auch der Bildungsgrad, der soziale Stand oder die politische Einstellung ableiten. Das kann sogar gefährlich für die Demokratie werden – wenn gezielt Werbung ausgespielt wird, die Menschen in ihrer Wahlentscheidung beeinflusst.

Laut der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union dürfen persönliche Daten nur mit der Erlaubnis der Nutzenden gesammelt werden. Demnach ist Fingerprinting in

Deutschland eigentlich nicht legal. Dennoch wird diese Technik wohl in näherer Zeit nicht verschwinden. Wie also kannst du dich vor Fingerprinting schützen?

Grundsätzlich gilt: Je einzigartiger die Computer-Einstellungen, desto stärker unterscheidet sich der eigene Fingerabdruck von anderen – und desto wertvoller ist er für die Werbewirtschaft. Checken lassen sich die Einstellungen mit Angeboten wie „Cover Your Tracks“ oder „AmIUnique“. Auch der sogenannte „Tor-Browser“ oder der Inkognito-Modus im Browser können helfen, die Abdrücke zu verwischen. Dabei wird das Profil auf Standard-Profil gesetzt, was nicht so leicht wiederzuerkennen ist.

So wie wir nicht unser Leben lang mit Sekundenkleber an den Fin-



Kreuz um Kreuz

Volksabstimmungen auf Bundesebene gibt es noch nicht – der Verein Abstimmung21 will das ändern

VON LORENA ZAPKE

Die Unterlagen liegen vor mir auf dem Küchentisch, neben Einkaufsliste und Obstkorb. Ich öffne den Umschlag und lese den rosa Stimmzettel. Auf ihm sind vier Themen gelistet, über die ich abstimmen kann. Widerspruchsregelung bei der Organspende. Keine Profite mit Krankenhäusern. Volksabstimmungen auf Bundesebene. Und die Klimawende mit dem 1,5-Grad-Ziel. Zu jedem Thema gibt es eine konkrete Frage, ich kann mit Ja, Nein oder Enthaltung abstimmen. Dabei liegt noch ein dickes Heft, in ihm stehen Pro- und Contra-Argumente zu jedem Thema.

Ich blättere kurz durch, mache dann schnell meine Kreuzchen und renne zum Briefkasten, damit es noch rechtzeitig bis zum Einsendeschluss ankommt. Der Postbote entleert bereits den gelben Kasten und nimmt meinen Brief freundlich entgegen. War es das jetzt? War das mehr Demokratie?

Volksabstimmung selbst organisiert

Die Abstimmung wurde von einem Verein organisiert, er nennt sich „Abstimmung21“. Er hat die erste bundesweite Volksabstimmung selbst organisiert. Die Vorbereitungen begannen bereits 2020, mit einer Themenauswahl und Probeabstimmung. Von Januar bis September 2021, passend zur Bundestagswahl, wurde das Projekt dann umgesetzt. Das Ziel: Bundesweite Volksabstimmungen.

Wie würde das genau ablaufen? In einer ersten Stufe, der Volksinitiative, machen Bürger:innen einen Vorschlag, mit welchem Thema sich das Parlament näher befassen sollte. Sie können auch einen Gesetzesentwurf einreichen. Dazu müssen 100.000 Unterschriften gesammelt werden. Lehnt der Bundestag diesen Vorschlag ab, kann ein Volksbegehren (Stufe II) eingeleitet werden. Dazu braucht es eine Million Unterschriften, um zu zeigen, dass das Thema wichtig ist. Lehnt der Bundestag dies wieder ab, kommt es zum

Volksentscheid (Stufe III). Alternative Gesetzesentwürfe von den Initiator:innen, dem Bundestag und einem zukünftigen Bürgerrat werden dem Volk zur Abstimmung gegeben. Dazu gibt es auch ein Abstimmungsheft mit Pro- und Contra-Argumenten, das die Wahlberechtigten sachlich informieren soll.

Abstimmung21 will also das bestehende politische System Deutschlands mit einem direktdemokratischen Element ausbauen. Auf Kommunal- und Länderebene gibt es das bereits. „Volksabstimmungen sind kein Allheilmittel, aber eine sinnvolle Ergänzung“, sagt Gregor Hackmack. Er ist einer der Vorstandsmitglieder von Abstimmung21. „Wichtig ist am Ende, dass Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben mitzuzuschneiden, weil sonst – nach meiner Wahrnehmung – werden sie nicht richtig ernst genommen.“

Nach dem Volksentscheid ist vor der Umsetzung

Der Politikwissenschaftler Prof. Michael Koß sieht das etwas kritischer: „Dann hat man noch einen Vetospieler mehr. Wir haben das Verfassungsgericht, den Bundesrat, den Bundestag und wir haben eine Koalitionsregierung, wahrscheinlich aus drei oder sogar vier Parteien. Wie wir da am Ende noch zu Entscheidungen kommen wollen, das frage ich mich wirklich.“ Er betont: „Nach dem Volksentscheid ist vor der Umsetzung. Und diese Umsetzung wirft dann wieder neue Fragen auf. Diese Volksentscheide leben von der Fiktion, dass man eine Frage abschließend durch ein Votum klären kann. Das ist leider nicht der Fall: Die Politik lebt davon, dass Dinge ständig nachgesteuert, justiert und ausbuchstabiert werden müssen – wie setzt man das um?“ Und dazu brauche es in Koß' Augen die Parteien. Sie seien die einzigen Akteure, die Entscheidungen auf allen Ebenen einbringen und koordinieren können, also auf Kommunal-, Länder-, Bundes- und EU-Ebene. Die Willensbildung finde innerhalb der Partei statt und muss nach unten zu



160.000 Stimmabgaben stapeln sich bei „Abstimmung21“.

Foto: Abstimmung21

den Wähler:innen abgesichert werden. Häufig können diese auch selbst Themen einbringen, erklärt Koß, wie im Falle der SPD und der Mindeststeuer, die es sogar auf eine globale Ebene geschafft hat.

Die Nähe zu den Bürger:innen sucht auch Abstimmung21. Am 26. August, dem Aktionstag. In allen Bundesländern sind Teams unterwegs, die Flyer verteilen. Es gibt Infostände und der „Omnibus für direkte Demokratie“ hält in vielen Städten Deutschlands.

344.000 Menschen bewerben sich für die Briefwahl von Abstimmung21, 160.000 schicken ihre Stimmen ab. Am Ende stapeln sich die Briefe in einem Gebäude in Hamburg, sie füllen mehrere Räume. Teils werden die Kisten mit einer Sackkarre transportiert. In einem weitläufigen Raum sitzen Helfer:innen; bis in die Nacht wird ausgezählt. Das Ergebnis des vierten Themas zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels ist besonders interessant: 78,89% der Wählenden haben für Ja gestimmt. Nur 21,11% sagen dazu Nein.

Könnten wir mit bundesweiten Volksabstimmungen die Klimaschutzpolitik schneller voranbringen? Gregor Hackmack glaubt das. „Beim Klimaschutz wird es ohne das Votum der Bürgerinnen und Bürger nicht gehen. Klimaschutz braucht Akzeptanz in der Bevölkerung und wenn Vorlagen beschlossen werden, die als unfair wahrgenommen und nicht akzeptiert wer-

den, kann es zu einem großen Widerstand kommen, der sich in extremen Parteien kanalisiert.“

Prof. Koß sieht das anders: „Ja, Volksabstimmungen würden Klimaschutz beschleunigen, aber sie wären wenig repräsentativ und hätten ein demokratietheoretisches Problem. Man sieht es schon an den Wahlergebnissen der Bundestagswahl: Wo ist die Mehrheit für eine starke Klimapolitik? Ich sehe sie nicht.“ Koß befürchtet, dass die Beteiligung bei Volksabstimmungen schlechter als bei Bundestagswahlen seien und daher vor allem junge und überdurchschnittlich gebildete Menschen daran teilnehmen würden. Die Eliten bestimmen dann über den Rest der Bevölkerung. „Ein weiteres großes Problem von Volksentscheiden ist das Herausreißen von Fragen aus ihrem Kontext. Wenn Sie jetzt die Leute fragen: Wollen Sie härtere Klimaschutzpolitik?, sagt natürlich jeder erstmal Ja. Aber wenn Sie bei einer Bundestagswahl fragen: Wollen Sie mehr Klimaschutzpolitik und sind Sie bereit, dafür auf etwas

zu verzichten?, dann sagen die Leute Nein“, erklärt er.

Am Ende kommen alle Beteiligten auf die Bühne

Für Abstimmung21 bedeutet die Auszählung das Ende ihrer ersten Volksabstimmung. Studioatmosphäre, alle Kameras sind auf eine große Bühne gerichtet. Darüber prangt ein riesiges Plakat mit dem Logo von Abstimmung21. „Wir begrüßen Sie live, hier zu diesem historischen Wahlsonntag, nämlich zum großen Finale von Abstimmung21“, moderiert Vorstandsmitglied Jessica Seip die Abschlussveranstaltung. Einige Gäste sind eingeladen, die ein letztes Mal über die Abstimmungsfragen diskutieren. Am Ende kommen alle Beteiligten auf die Bühne, Beifall hallt durch den Raum, mit dem Versprechen: Nächstes Jahr geht es weiter, bis Volksabstimmungen auf Bundesebene eingeführt werden. Außerdem wollen die Beteiligten von Abstimmung21 die Ergebnisse ihres Projekts an die Verhandlungsführer:innen des Koalitionsvertrages abgeben.

„Diese Volksentscheide leben von der Fiktion, dass man eine Frage abschließend durch ein Votum klären kann.“

Michael Koß
Politikwissenschaftler
an der Leuphana

160.000

Menschen haben ihre Stimme abgeschickt.

Hat der Linienbus eine Zukunft?

Woran sollte die kommende Bundesregierung arbeiten, um die Mobilität in Deutschland zu verbessern?

Die Vereinten Nationen formulieren in ihren 17 Nachhaltigkeitszielen sehr genau, wie Mobilität bis 2030 aussehen soll: Der Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen soll für alle ermöglicht werden. Dafür muss insbesondere der öffentliche Verkehr ausgebaut werden, „mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von



Nari Kahle.
Foto: Paul Meixner

Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen“. Entscheidend wird sein, dass wir alle diejenigen, die an solchen neuen Mobilitätslösungen arbeiten, auf ihrem Wege stärken, begleiten und unterstützen. Dass wir Anreize setzen, für mehr soziale Mobilitäts-Innovationen. Dass wir explizit Förderungen aus-schreiben, die wirtschaftliche und soziale Aspekte in unserer Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigen.

Der Verkehr muss sich neu erfinden. Die Mobilitätsexpertin Nari Kahle wünscht sich mehr Mut für Experimente

Über die mangelnde Mobilität von Menschen auf dem Land wird immer wieder debattiert. Wieso ist es so schwierig, den ländlichen Raum anzubinden?

Es ist sicherlich eine Mischung aus fehlenden Angeboten, aber auch der Gewöhnung an das eigene Auto. Nehmen wir den Linienbus auf dem Land: Für ihn sehe ich kaum noch eine Chance – es sind zu hohe Kosten bei zu geringer

Nachfrage. Gleichzeitig ist dies eine Möglichkeit, Mobilität in ländlichen Regionen besser und passender zu denken, on-demand und Ridepooling wären hier erste Stichworte.

Welche soziale Innovation wird unsere Mobilität verändern? Es gibt sogenannte Mobilitäts-Hacker, die auf Grundlage von Open Source (Anm. d. Red.: frei verfügbare Computersoftware)

geteilte Mobilitätsangebote wie Bikesharing kostengünstig dort umsetzen wollen, wo es sich kommerziell nicht rentieren würde. Autohändler experimentieren mit Carsharing auf dem Land, soziale Start-ups arbeiten an neuen, inklusiven Mobilitätslösungen. Es gibt diejenigen, die eine smarte City besser navigierbar machen wollen für Menschen mit Seheinschränkungen, bis hin zu Start-ups, die mit Drohnen Medizin in kürzester Zeit an entlegene Orte fliegen. All diese Mobilitäts-Revolutoren stehen für neue und sozialere Ansätze in unserer Mobilität, für neue Wege der Zusammenarbeit, für einen erweiterten Blick auf Zielgruppen. Sie denken somit

Mobilität nicht nur sozialer, sondern leben sie oft auch vor.

Was erhoffen Sie sich von der Mobilität der Zukunft?

Ich wünsche mir, dass wir auf dem Weg zu einer sozial nachhaltigen und besseren Mobilität für alle mehr unterschiedliche Lösungen ermöglichen und wirklich alle Gruppen der Gesellschaft mit ihren Bedarfen berücksichtigen. Wir sollten uns davor in Acht nehmen, den einen vermeintlich richtigen Mobilitätsweg zu definieren und allen anderen vorschreiben zu wollen.

Interview: Arne Scharf.
Nari Kahle ist Autorin des Buchs „Mobilität in Bewegung“.

LIVESTREAM

„Good Morning, Campus!“

Am Mittwoch, den 13. Oktober, gibt es von 9.15 bis 10.15 Uhr unter dem Titel „Good Morning, Campus!“ einen Livestream. Leuphana-Professor Michael Koß ist im Gespräch mit der Psychologin und Demokratie-Aktivistin Marina Weisband sowie mit Felix Englisch, Leuphana Student und Gründer vom „Mitwirk-o-mat“. Moderation: Cornelius Gesing und Jonathan Schanz.

FRAGE DES TAGES

Was war Dein schlechtester Deal?



Valeriya Pashkova, 20: „Als ich für 280 Euro Designer-Schuhe gekauft habe, die mir dann nicht gepasst haben und auch sehr unbequem waren.“



Sven Prien-Ribcke: „Vor langer Zeit habe ich mal einen Job begonnen und habe mich innerhalb von zwei oder drei Wochen entschieden, wieder zu kündigen. Ich war dann nach wenigen Monaten wieder raus.“



Mundi, 22: „Mein absolut schlechtester Deal war ein Stapel hochwertiger ‚Yu-Gi-Oh!‘-Karten, die ich gegen ein altes Nintendo-DS Spiel eingetauscht habe. Dabei habe ich so massiv Verlust gemacht.“



Michael Hasenauer, 52: „Ich habe einmal für 5000 Mark Aktien gekauft und die sind so was von in den Dutt gegangen, da ist nichts mehr übriggeblieben.“



Mareike Allerding, 29: „Also bei mir war es definitiv ein Auto, das uns viel Geld gekostet hat. Es hat uns dann mitten in Tschechien verlassen.“



Kazi Islam, 25: „Ich habe auf dem Dorf gewohnt und mir ein Modem gekauft, um Internet für meinen Computer zu haben. Leider hatte mein Anbieter dort überhaupt kein Netz.“



Karl Schmidt, 72: „Mein schlechtester Deal war mit Sicherheit der Kauf eines original handgeknüpften Orient-Teppichs in der Türkei, der sich zu Hause als Flop herausgestellt hat.“



Hannah, 27: „Das Zusammenleben mit meiner ersten Mitbewohnerin.“



Familie Dehn, Mutter: „Die Nachfinanzierung unseres Hauses war eine reine Abzocke.“ Familie Dehn, jüngerer Sohn: „Ich habe mir ein Spielzeug von meinem Taschengeld gekauft, das ist nach einer Stunde kaputt gewesen.“



Clery Neyra, 44 (l.): „Weit weg von meiner Familie zu ziehen. Ich habe in den USA einen Anruf bekommen, dass meine Oma schwer krank ist und musste schnell einen Flug nehmen. Zum Glück konnte ich mich dann noch von ihr verabschieden.“



Chanty, 16: „Meine ehemalige Arbeitsstelle.“



Aike, 26: „Während meiner Ausbildung habe ich mir eine Go-Pro-Kamera geholt. Ich hatte dann den ganzen Monat kein Geld mehr und musste Nudeln mit Ketchup essen.“ Fotos und Text: Corinna Ballnat, Luise Pohlmann

„Vielen ist nicht klar, dass es ein Problem gibt“

Ein Netzwerk möchte queere Menschen an Schulen sichtbar machen – denn nicht nur ihr Schulerfolg ist sonst gefährdet

VON VERA KEDDIGKEIT

Wenn Pascal Mennen andere Lehrkräfte zu einer Fortbildung einlädt, dann beginnt er stets mit der gleichen Aussage: „In jeder Schulklasse ist statistisch mindestens ein Mensch queer, manchmal sogar zwei bis drei.“ Mit „queer“ meint Mennen Personen, deren geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung nicht der gesellschaftlichen Norm entspricht, die also beispielsweise homosexuell oder transident sind.

Pascal Mennen, 37, ist selbst schwul und arbeitet seit zehn Jahren als Lehrer. Außerdem engagiert er sich politisch, wurde gerade in den Lüneburger Stadtrat gewählt und ist Kulturreferent für die Grünen im Landtag.

Während seines Referendariats gründete er „Schlau Lüneburg“, ein lokales Anti-Diskriminierungsprojekt. „Vielen ist überhaupt nicht klar, dass es ein Problem gibt“, sagt Mennen. Queere Menschen seien in Schulklassen meist unsichtbar und würden sich erst outen, wenn sie die Schule verlassen. Das habe Folgen, so Mennen: „Es ist bewiesen, dass sowohl Schulleistungen als auch die psychische Gesundheit von queeren Menschen drastisch unter der fehlenden Repräsentation und Aufklärung leiden können.“ Queere Jugendliche nähmen sich 15- bis 20-mal häufiger das Leben als andere.

Eigentlich hat der niedersächsische Landtag bereits im Jahr 2015 beschlossen, dass Schulen der Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten gerecht werden und Diskriminierung vorbeugen sollen. Mennen bemängelt jedoch, dass dieses Gesetz schleppend umgesetzt werde. Das Netzwerk „Schlau“ soll da wirken, wo der Lehrplan versagt – unter anderem mit

Workshops an Schulen, die über queere Menschen aufklären sollen.

Verständnislos ist Mennen zum Beispiel darüber, dass das Thema Intersexualität nur im Gymnasium auf dem Lehrplan steht. Auch gebe es bis heute keine Regelungen für das Outing von Trans Personen, also Menschen, die sich einem anderen Geschlecht zugehörig fühlen, als ihnen bei Geburt zugewiesen worden ist. Mennen sagt, weder bei Zeugnissen noch bei Schüler:innen-Ausweisen gebe es einheitliche Regeln, wie man mit Trans Menschen umgehe: „Jede Person muss sich ihre Rechte neu erkämpfen.“

Der Psychologe Ulrich

Klocke geht an der Berliner Humboldt-Universität der Frage nach, wie das Verhalten von Lehrer:innen das Wohlergehen von queeren Jugendlichen beeinflusst. An Berliner Schulen hat er erhoben, dass sich die Lernatmosphäre und auch die Solidarität verbessern, wenn Workshops zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt durchgeführt werden. Die Aufklärung habe sogar einen positiven Nebeneffekt auf andere Formen von Diskriminierung wie zum Beispiel Rassismus, die ebenfalls abnehmen.

Andere Studien zeigen, dass die Lernbereitschaft und das Gruppengefüge leiden, wenn Schimpfwörter wie zum Beispiel „schwul“ nicht unterbunden

werden. Pascal Mennen selbst hat als schwuler Lehrer an Schulen unterschiedliche Erfahrungen gemacht. „An einer katholischen Privatschule sind Eltern zum Direktor gegangen, weil sie nicht wollten, dass ich ihre Kinder unterrichte, vor allem nicht im Sportunterricht“, erzählt er. Nachdem der Direktor den Eltern Grundgesetz und Bibel vorgelegt und ihnen freigestellt habe, die Kinder abzumelden, habe sich die Ablehnung mit der Zeit ins Gegenteil verkehrt.

Als Mennen dagegen am Gymnasium Johanneum in Lüneburg anfing, schöpfte er gleich aus dem Vollen: Er organisierte Fortbildungen, gründete eine Queer-AG, gestaltete Schaukästen und hisste die Regenbogenflagge. „Das brauchte Mut und ich bin daran gewachsen“, sagt Mennen.

Für die Zukunft hat der Lehrer eine Vision: Seine Initiative „Schlau“ und ähnliche queere Aufklärungsprojekte sollen sich durch ihren Erfolg selbst überflüssig machen. „Noch aber ist es nicht so weit“, sagt Mennen.



Pascal Mennen, 37, Lehrer. Foto: Stefan Kellner

DER WENDEPUNKT

Im Graben

Von Lorena Zapke

Wer in das Land des Autos kommt, mag sich gerne über die Sitten wundern. Über eine Verkehrswende wurde in Deutschland bisher viel gesprochen, Wandel muss her! Doch Besserung ist nicht in Sicht.

Um sich davon zu überzeugen, schaue man nur in unser Nachbarland Frankreich. Dort pflügen Hochgeschwindigkeitszüge durch das Land und bringen Menschen innerhalb von vier Stunden von Paris nach Toulouse. Eine vergleichbare Strecke in Deutschland wäre Hamburg bis Stuttgart. Die Deutsche Bahn gibt an, dafür acht Stunden zu brauchen – aber nur, wenn auch alle Türen richtig schließen und man alle Anschlusszüge erreicht.

Frust kommt auch in der Berliner U-Bahn auf, die ihrem Anschein nach ihre letzte Wartung bei der Wiedervereinigung bekommen hat. Die Sitze sind verrotten, die Wände vollgekratzelt, und die Lüftung funktioniert nicht wirklich bei 30 Grad. Wer dann in einem vermeintlichen Schwellenland wie Indien in eine Metro in Delhi steigt, traut seinen Augen nicht. In modernstem Komfort fliegt man fast in einem atemberaubenden Tempo über die Stadt – alles ist sauber und die Luft frisch. Die U-Bahn von Delhi hat sogar den zweiten Platz unter 18 U-Bahn-Stationen weltweit bei Verbraucherrumfragen errungen. Berlin braucht sich da nicht mal anzumelden.

Aber das ist auch nicht weiter schlimm. Wir haben schließlich Autos. Das Auto ist in Deutschland heilig. Mit aller Liebe wird es poliert und durch die Waschstraße gefahren. Doch nicht nur aus Schönheitsgründen lieben die Deutschen ihr Auto. Ihr größtes Hochgefühl: Wenn sie mit 200 Sachen über die Autobahn pösen. Marihuana hingegen gilt als illegal – stimmt, ist ja auch einfach viel tödlicher.

Und wer wirklich lebensmüde ist, der sollte mit dem Rad durch die Innenstadt fahren, egal in welcher Großstadt. Wenn der Fahrradweg zu einem Schützengraben wird, in dem keine Geschosse, sondern geisteskranker Raser einschlagen, dann handelt es sich wieder mal um einen ganz normalen Morgen auf den Straßen Deutschlands.

IMPRESSUM

Herausgeber
Medienhaus Lüneburg GmbH,
Am Sande 18-20, 21335 Lüneburg

Leitung Startwochenzeitung
Martin Jäschke, Christopher Piltz, Martin Schlack, Thore Rausch

Redaktion Print
Corinna Ballnat, Gaia Braßeler, Fynn Dresler, Stefan Eichholz, Stella Eick, Kaja Eilers, Luisa Gohlke, Hanno Hinrichs, Alex Krause, Jule Meinberg, Luise Pohlmann, Arne Scharf, Valerie Steinhausen, Lorena Zapke

Redaktion Social Media
Svenja Engelhardt, Helen Gremlitz, Rica Günther, Anna-Sophie Ohlwein, Anna Richter

Landeszeitung
Thorsten Lustmann,
Hans-Herbert Jenckel